

Stand: 12.05.2024 13:59:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23214

"Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen - Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23214 vom 21.06.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24280 des UV vom 28.09.2022
4. Beschluss des Plenums 18/24462 vom 12.10.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen – Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine zentrale Tiergesundheitsdatenbank einzurichten, in der bereits bestehende Daten von Schlachthöfen, Tierkörperbeseitigungsanlagen und aus der Tierhaltung zusammengeführt werden.

Begründung:

Tiergesundheit ist die Grundlage für Tierwohl. Laut Tierschutzgesetz ist aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Dieser Verantwortung wird nicht immer vollumfänglich nachgekommen. Aus der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Paul Knoblach betreffend „Tierkörperbeseitigung in Bayern“ geht hervor, dass etwa 20 Prozent der geborenen Schweine und Rinder den Schlachthof nicht erreichen. Sie verenden vorher. Ähnliche Zahlen wurden bereits 2017 durch eine Studie der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover veröffentlicht und jüngst wurde eine Untersuchung zu tierschutzrelevanten Befunden an Rindern in einem Verarbeitungsbetrieb tierischer Nebenprodukte durch die Ludwig-Maximilians-Universität München publiziert. Diese Zahlen zeigen Handlungsbedarf. Tiere, welche in Tierkörperbeseitigungsanlagen angeliefert werden, geben Aufschluss über die Situation am Haltungsbetrieb. Es gilt, die Probleme der Tierhaltung besser zu verstehen und die hohe Zahl dieser sogenannten Falltiere zu senken.

In der Tierhaltung und Fleischproduktion werden bereits zahlreiche Daten erfasst. Sie werden aber bisher nicht vollumfänglich im Sinne eines vorbeugenden Tierschutzes genutzt. Eine zentrale Tiergesundheitsdatenbank führt die bestehenden Daten aus Dokumentationspflichten der amtlichen Untersuchungen an Schlachttieren, der Tierkörperbeseitigungsanstalten, aus Lebensmittel- und Tierschutzkontrollen, der Anzahl antibiotischer Behandlungen, Mortalitätsraten sowie Leistungsdaten der Tierbestände zusammen und macht sie für den Tierschutz nutzbar. Eine zentrale Tiergesundheitsdatenbank bietet die Möglichkeit, bereits präventiv Probleme an den landwirtschaftlichen Betrieben zu erkennen und dort tätig zu werden, bevor tierschutzrelevante Missstände eintreten. Sie verfolgt das Ziel eines besseren Managements der Tierschutzkontrollen durch effizienteren Personaleinsatz der Kontrollbehörde und ist ein Frühwarnsystem für Tierschutzprobleme. Von Fachleuten wird seit Jahren die Einführung einer zentralen Tiergesundheitsdatenbank gefordert.

Die Überwachung der Tiergesundheit obliegt den Ländern, weshalb die Erstellung einer zentralen Tiergesundheitsdatenbank in die Kompetenz der Staatsregierung fällt. Die bisherigen Vorschläge ermöglichen es nicht, das Potenzial der bestehenden Daten für den Tierschutz auszuschöpfen.

Abstimmung wird später bekannt gegeben. – Ich bitte darum, langsam wieder Platz zu nehmen und etwas Ruhe einkehren zu lassen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/23210 mit 18/23214 sowie 18/23244 werden im Anschluss an die heutige Sitzung an den jeweils federführenden Ausschuss überwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Klimaschutz ernst nehmen, Menschen und Umwelt schützen: Endgültiges Aus für dritte Start- und Landebahn am Flughafen München beschließen!" auf der Drucksache 18/23209 bekannt: Mit Ja haben 43 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 93 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/23214

Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen - Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Paul Knoblach**
Mitberichtersterterin: **Dr. Petra Loibl**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 63. Sitzung am 7. Juli 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
2. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 28. September 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/23214, 18/24280

Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen – Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Auch bei den fraktionslosen Abgeordneten gibt es kein abweichendes Votum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. August 2022 (Vf. 12-VIII-22 und Vf. 13-VII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 5. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 6. BayernSPD-Landtagsfraktion
 7. FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag
- vom 25. Juli 2022 über die Frage, ob § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen
– Vf. 12-VIII-22 –
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist
- Vf. 13-VII-22 -

PII-G1310.22-0012

Drs. 18/24261 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

Europaangelegenheiten

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative
 28.04.2022 - 21.07.2022
 Drs. 18/22849, 18/24389 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Zielvorgaben
 24.05.2022 - 16.08.2022
 Drs. 18/23314, 18/24391 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde
 zu legen.

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch –
EU-Beihilfe
05.05.2022 - 18.07.2022
Drs. 18/23323, 18/24392 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

[illegible]

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Parlament, den Rat,
die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts-
und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen;
EU-Justizbarometer 2022
COM(2022) 234 final
BR-Drs. 231/22
Drs. 18/23324, 18/24386 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	ENTH	Z

8. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische
Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen
Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
REPowerEU-Plan
COM(2022) 230 final
BR-Drs. 232/22
Drs. 18/23342, 18/24385 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

Anträge

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unterstützung für den Landesheimrat ausbauen, inklusive und flächendeckende Beteiligung ermöglichen
Drs. 18/21313, 18/24215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen I – Zugang zu Kita, Jugendhilfe, psychosozialer Versorgung für geflüchtete Frauen, Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21658, 18/24307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen II – Zugang zu Schulbildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21726, 18/22993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒ ENTH	☐	☐

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Öffnungszeiten 24/7 für digitale Kleinstsupermärkte
Drs. 18/22226, 18/24277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	Z	A	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/22464, 18/24216 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒ ENTH	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit zu einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/22497, 18/24217 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und
LKW-Führerscheine schaffen
Drs. 18/23210, 18/24320 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒ ENTH

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen -
Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt
Drs. 18/23214, 18/24280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern
Drs. 18/23218, 18/24303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒ A	☒ A	☒	☒ A	☒ A

21. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
ÖPNV und SPNV in Bayern
Drs. 18/23219, 18/24322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989
Drs. 18/23246, 18/24314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
JETZT: Bund muss Coronatests weiterhin bezahlen – Länder und Kommunen brauchen Planungssicherheit – Bürger dürfen nicht unter der Zauderei des Bundes leiden
Drs. 18/23288, 18/24304 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☐	☐

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem Große Beutegreifer etablieren
Drs. 18/23289, 18/24212 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ ENTH	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nitratausnahmeregelung für organischen Stickstoffdünger verlängern
Drs. 18/23316, 18/24213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung Gewässerschutz und Artenvielfalt
Drs. 18/23353, 18/24281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

27. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU
Für mehr nachhaltige Energie im Kulturstaat Bayern: Gemeinsam die Herausforderungen von Energiewende und Denkmalschutz meistern
Drs. 18/23355, 18/24313 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒ ENTH	☐	☐

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung einer Warn-App für große Beutegreifer
Drs. 18/23369, 18/24214 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ENTH	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Fortschritte und Planungen für eine klimaresistente und klimaneutrale Staatsverwaltung
Drs. 18/23452, 18/24282 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	A	ENTH	☒

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Raubgrabungen verhindern, Kulturgut schützen!
Drs. 18/23453, 18/24312 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ENTH	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner,
Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme –
Ökonomische Lage der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 18/23456, 18/24247 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☐ ENTH